

# BERLIN

## Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

### Liebe Leserinnen und Leser!

Nach drei Jahren Stagnation zeichnet sich für Deutschland die Chance ab, unter verbesserten weltwirtschaftlichen Umständen ein Stück eigener Kraft zurück zu gewinnen. Die Entscheidungen des letzten Jahres können allenfalls als Anfang gewertet werden, die wirklich großen Strukturänderungen in Deutschland stehen noch aus. Die Union steht dabei vor strategischen Herausforderungen:

Es gilt, Wahlen zu bestehen, bei denen die Union an den außergewöhnlich guten Ergebnissen des Jahres 1999 gemessen werden wird. Es gilt insbesondere, bei den Landtagswahlen die Mehrheit im Bundesrat zu verteidigen, bei der Europawahl die Regierungskoalition im Direktvergleich auf Distanz zu halten, mit der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen den Grundstein für einen späteren Landtagswahl-Erfolg in diesem Kernland der Sozialdemokratie zu legen und mit der Wahl des Bundespräsidenten eines der beiden Spitzenämter der Bundesrepublik wieder für die Union zu gewinnen.

Für all dies ist von zentraler Bedeutung, dass sich die gute politische Stimmung für die Union in den kommenden Monaten fortsetzt.

*Ifc*

*Ingrid Fischbach*

### In dieser Ausgabe

Deutschland braucht mehr Wachstum	...S.2
Wehrpflicht auf der Abschussliste	...S.3
Diese Woche im Parlament	...S.4
Zum Jahreswechsel 35.600 Jugendliche ohne Lehrstelle...	...S.5
Deutschland auch bei Geburtenrate Schlusslicht	..S.5



### Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074  
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

## Deutschland braucht mehr Wachstum



►► Was die Union seit Monaten fordert, hat nun auch die Bundesregierung erkannt: Ohne mehr Wachstum wird das Land seine Probleme nicht lösen können. Die „Innovationsoffensive“ von Bundeskanzler Schröder ist allerdings wenig glaubwürdig:

- Die Bundesregierung drückt sich um die Frage herum, wie z.B. durch betriebliche Bündnisse für Arbeit und einen funktionierenden Niedriglohnsektor mehr Beschäftigung zu schaffen ist. Dabei muss die Beschäftigungsfrage im Mittelpunkt aller Wachstumsanstrengungen bleiben.
- Die Bundesregierung verspricht zwar massive Zusatzinvestitionen in Forschung und Bildung, aber de facto wird nicht einmal ausgeglichen, was an anderer Stelle gestrichen wird, z.B. allein beim Hochschulbau bis 2007 knapp 30% der Bundesmittel. Ein seriöser Ersatz für die Investitionslücken aufgrund des Mautdesasters ist bisher überhaupt nicht geplant.
- Rot-Grün redet von Vorfahrt für Innovation, Spitzenforschung und Eliteförderung, zieht aber mit einer energieverteuernden Subventionspolitik, einer wachstumsfeindlichen Umsetzung der CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate, einer ideologischen Gängelung der grünen Gentechnik, dem Verbot von Studiengebühren und der Absage an Auswahlrecht und Wettbewerbsfreiheit der Universitäten vielfältige Wachstumsbremsen noch fester an. Zahlreiche Funktionsträger von Rot und Grün geben zu verstehen, dass sie von den Vorstößen der eigenen Führung nichts halten, die Basis trägt den Kanzlerkurs erkennbar nicht mit.

**Ingrid Fischbach:** „Ich bin seit je her der Meinung, dass die Leistungsträger und Talente stärker gefördert werden müssen, die das Land hervorbringt, damit sie bereit sind, sich als verantwortungsbereite Eliten in Deutschland zu engagieren. Das muss allerdings durch eine konsequente Förderung auf allen

Bildungsebenen geschehen, von den Schulen über die Hochschulen bis zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und den Unternehmen. Spitzenleistung lässt sich nicht zentralistisch verordnen, sondern sie gedeiht allein in einem Umfeld von Freiheit, Anerkennung, Wettbewerb und Schutz vor Bürokratie und Abgabenüberlast. ” ◀◀



## Wehrpflicht auf der Abschussliste

▶▶ Im Windschatten der Diskussion um Eliteuniversitäten und Praxisgebühren hat die Bundesregierung die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht begonnen. Die erneute Umstrukturierung der Bundeswehr, die der Verteidigungsminister planvoll für ein angeblich nicht gewolltes Ziel, die Armee ohne Wehrpflicht, umsetzt, ist dafür ein starkes Indiz. Noch deutlicher wird Ministerin Schmidt mit ihrer politischen Linie, den Zivildienst im Jahr 2008 auszusetzen. Auch die Einschnitte bei schon beschlossenen Waffensystemen, die nun als bloße Folge des Spardrucks im Haushalt verkündet werden, sind bei Lichte betrachtet weitere Schritte in die gleiche Richtung. Die grüne Vorsitzende Beer spricht aus, was vermutlich viele bei Rot-Grün anstreben: *„Ich rechne mit einer ‚Vernunftsentscheidung‘ des Kabinetts [gegen die Wehrpflicht] noch in diesem Jahr.“*

Die Union wendet sich entschieden gegen den Versuch, die Wehrpflicht aus ideologischen oder gar populistischen Gründen zu unterminieren. Vernünftig ist allein die gesicherte Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit der Bundeswehr gegenüber den möglichen Bedrohungen des 21. Jahrhunderts - Bedrohungen, die sich zunehmend an jedem Ort, im In- wie im Ausland konkretisieren können. Maßgeblich muss sein, was den internationalen Verpflichtungen Deutschlands gerecht wird, aber maßgeblich muss vor allem auch sein, was die langfristige Sicherheit der eigenen Bürger erfordert. Das 21. Jahrhundert ist noch lang, und einmal eingerissene Sicherheitsstrukturen brauchen Jahrzehnte, um wieder aufgebaut zu werden. ◀◀



### Wußten Sie schon,

...dass der Wert der Zierfische, die von Januar bis September 2003 importiert wurden 18,2 Millionen Euro beträgt? Auf die Einfuhr von Seezierfischen, darunter der Clownfisch "Nemo", entfielen 1,5 Millionen Euro. Hauptlieferland für Seezierfische ist Indonesien.

## Diese Woche im Parlament



►► In der Kernzeit debattierte das Plenum über die Gesetzentwürfe von CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Unionsländern zur **Graffitibekämpfung**. Ziel war die rechtliche Klarstellung, dass Graffiti-Schmierereien als Sachbeschädigung strafbar sind und nicht länger als Bagatelldelikte betrachtet werden dürfen. Denn in der heutigen Praxis bleiben sie weitgehend ungeahndet, schwächen damit die Achtung vor fremdem Eigentum, tragen zur Verwahrlosung der Innenstädte bei und verursachen Millionenkosten bei der Beseitigung. ◀◀

►► Mit dem Antrag „**Verbrechen wirksam bekämpfen - genetischen Fingerabdruck konsequent nutzen**“ forderte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Ermittlung und Speicherung des genetischen Fingerabdruckes (DNA-Identifizierungsmuster) dem herkömmlichen Fingerabdruck als normaler Bestandteil der erkennungsdienstlichen Behandlung annähert. Die DNA-Analyse soll gerade auch wegen ihrer präventiven Wirkung schon bei bestimmten Formen der Einstiegsriminalität, beispielsweise im Bereich der Drogenkriminalität und bei Sexualstraftaten möglich werden. ◀◀

►► Die Bundesregierung versuchte, das **Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG)** und das **Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)** zusammen in einer viel zu knapp bemessenen Debatte in 1. Lesung zu behandeln. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kritisierte auf das Schärfste, dass mit den beiden Vorhaben weitere Wachstumsbremsen eingeführt werden und die ideologisch motivierte Energieverteuerung zu Lasten der deutschen Wirtschaft fortgesetzt wird. Beim TEHG wehrte sich unsere Fraktion energisch dagegen, dass die wesentlichen Konkretisierungen, von denen die Lasten für die

Unternehmen abhängen, nicht dem Bundestag vorgelegt werden sollen. Stattdessen will die Bundesregierung sie mit Verordnungen an Parlament und Öffentlichkeit vorbeimogeln. <<<



▶▶ Am Freitag befasste sich der Bundestag in 2./3. Lesung mit unserem Entwurf für ein „**Drittes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz**“. Unser Ziel war es, die Situation der Opfer politischer Verfolgung in der DDR deutlich zu verbessern. Erreicht werden sollte dies durch die Gewährung einer Opferpension in Abhängigkeit von der Dauer der Verfolgungsmaßnahmen sowie durch die Erhöhung der Kapitalentschädigung für die politischen Häftlinge des SED-Regimes. <<<

## **Zum Jahreswechsel 35.600 Jugendliche ohne Lehrstelle**

▶▶ Von den zu Beginn des Ausbildungsjahres (1. Oktober) vorliegenden Bewerbern waren zum Jahresende noch 16.300 ohne Lehrstelle. Hinzu kommen 19.300 Bewerber, die sich im Laufe des letzten Quartals neu gemeldet haben und bis zum 31.12.2003 nicht vermittelt werden konnten. Den insgesamt 35.600 Lehrstellensuchenden standen zum Jahresende lediglich 8.800 gemeldete Ausbildungsplätze gegenüber. (AFP 8.1.2004) <<<

## **Deutschland auch bei Geburtenrate Schlusslicht**

▶▶ Deutschland hat im vergangenen Jahr unter den 15 EU-Mitgliedstaaten die geringste Geburtenrate verzeichnet. Mit 8,6 Lebendgeburten je 1000 Einwohner stand Deutschland am En-



### **Spruch der Woche**

*"Seit der Viertageweche bei VW gibt es in Wolfsburg überdurchschnittlich viele Baumärkte mit hohen Umsätzen."*

Dominik Enste,  
Institut der deutschen  
Wirtschaft

de der Statistik, wie aus ersten Schätzungen des EU-Amtes Eurostat hervorgeht. (AFP 9.12.2004) <<



## Mehrheit für zweckgebundene Studiengebühren

▶▶ In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und des Centrums für Hochschulentwicklung sprachen sich 59% der Studierenden und 67% der Gesamtbevölkerung für eine Semestergebühr von 500 Euro aus. Bedingung sei aber, dass das Geld direkt der Hochschule zugute komme und ein günstiges Darlehen aufgenommen werden könne, das erst nach Ende des Studiums zurückzuzahlen sei. Studiengebühren ohne Zweckbindung, die den allgemeinen Haushalten der Öffentlichen Hand zufließen, lehnen 94% der Studierenden und 72% der Bevölkerung ab. (Quelle: Handelsblatt 11.12.2003) <<

## Durcheinander in der Gesetzlichen Krankenversicherung

▶▶ Bei der Umsetzung der Gesundheitsreform und der Information der Versicherten sind der Bundesregierung schwere Fehler unterlaufen. Die Vielzahl von ungeklärten Abgrenzungsfragen hätte durch einen sauberen, professionellen Gesetzesvollzug vermieden werden können. Dafür trägt Gesundheitsministerin Schmidt die Verantwortung. Das Prinzip starker Eigenbeteiligung, das die Union von Anfang an für richtig gehalten hat, wird unnötig in Misskredit gebracht. Die Bundesregierung muss die Verunsicherung der Menschen so schnell wie möglich beenden. Einmal mehr zeigt sich: Reformen muss man richtig machen. <<



**... das Allerletzte!**

63 Millionen Chinesen haben 2003 einen Mobiltelefonvertrag abgeschlossen, 1,6 Millionen mehr als 2002. Damit haben 270 Millionen Chinesen ein Handy- mehr als in jedem anderen Land der Welt. In diesem Jahr sollen weitere 52 Millionen neue Kunden hinzukommen.